

Stand: 15.05.2026 19:53:49

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/8677

"Für mehr Schutz vor häuslicher Gewalt: Schutzlücken im Gewaltschutzgesetz schließen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/8677 vom 28.10.2025
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/9863 des VF vom 27.11.2025
3. Beschluss des Plenums 19/9928 vom 10.02.2026
4. Plenarprotokoll Nr. 70 vom 10.02.2026



Antrag

der Abgeordneten **Florian Streibl, Felix Locke, Martin Scharf, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller und Fraktion (FREIE WÄHLER),**

Petra Guttenberger, Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback, Michael Hofmann, Dr. Alexander Dietrich, Martina Gießübel, Josef Heisl, Melanie Huml, Andreas Jäckel, Dr. Stephan Oetzinger, Helmut Schnotz, Martin Stock, Karl Straub, Peter Wachler CSU

Für mehr Schutz vor häuslicher Gewalt: Schutzlücken im Gewaltschutzgesetz schließen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag begrüßt die Absicht des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz, durch eine Änderung des Gewaltschutzgesetzes die elektronische Aufenthaltsüberwachung (eAÜ, „elektronische Fußfessel“) als richterlich anordnungsfähige Maßnahme zum Schutz vor häuslicher Gewalt sowie Nachstellung und eine Rechtsgrundlage für die Verpflichtung zur Teilnahme an sozialen Trainingskursen bundesrechtlich zu verankern.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich im weiteren Gesetzgebungsverfahren auf Bundesebene mit Nachdruck dafür einzusetzen, dass durch die neue Bundesregierung die elektronische Aufenthaltsüberwachung als Maßnahme in Hochrisikofällen und eine Rechtsgrundlage für die Verpflichtung zur Teilnahme an sozialen Trainingskursen in das Gewaltschutzgesetz als Ergänzung zu bestehenden landesrechtlichen Möglichkeiten eingefügt werden.

Begründung:

Gewalt gegen Frauen, häusliche Gewalt und Nachstellungen stellen weiterhin ein drängendes gesellschaftliches Problem dar. Trotz vielfältiger Maßnahmen im Freistaat und hoher Standards im Bereich Opferschutz zeigen aktuelle Fallzahlen und Einzelfälle, dass die bestehenden Instrumente nicht in jedem Fall ausreichen, um gefährdete Personen wirksam zu schützen.

Mit der Einführung der richterlich angeordneten elektronischen Aufenthaltsüberwachung im Rahmen des Gewaltschutzgesetzes kann die Einhaltung von gerichtlichen Schutzanordnungen – etwa Kontakt- und Näherungsverboten – in Hochrisikofällen effektiver überwacht und durchgesetzt werden. In Bayern wird die elektronische Aufenthaltsüberwachung im Polizeirecht (§ 34 Polizeiaufgabengesetz (PAG)) bereits seit 2017 eingesetzt. Nun soll diese Schutzmaßnahme auf zivilrechtlicher Grundlage bundesweit möglich werden.

Der vom Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz vorgelegte Regierungsentwurf sieht neben der Verankerung der eAÜ auch die Möglichkeit vor, Täter zur Teilnahme an sozialen Trainingskursen zu verpflichten – ein weiterer wichtiger Schritt in der Gewaltprävention. Beides entspricht langjährigen Forderungen von Praktikern, Opferschutzorganisationen und Fachverbänden.

Die Erfahrungen anderer Staaten – insbesondere Spaniens, wo seit Einführung der eAÜ im Bereich häuslicher Gewalt kein Opfer mehr getötet wurde – zeigen deutlich, wie wirkungsvoll diese Maßnahme in Hochrisikofällen sein kann. Auch in Frankreich und der Schweiz wird sie bereits erfolgreich eingesetzt.

Die neue gesetzliche Grundlage auf Bundesebene ist nicht nur ein wichtiges Signal an die Betroffenen, sondern stärkt auch die Handlungsmöglichkeiten der Justiz und der Polizei. Der Freistaat kann mit seiner bisherigen Erfahrung im Bereich eAÜ eine aktive Rolle in der fachlichen Umsetzung und Weiterentwicklung spielen.

Der Landtag erkennt die Potenziale dieser Gesetzesreform und fordert daher die Staatsregierung auf, den Gesetzgebungsprozess konstruktiv zu begleiten und für eine rasche Verabschiedung der Änderung des Gewaltschutzgesetzes durch die neue Bundesregierung einzutreten – im Interesse eines besseren Schutzes von Frauen und aller Betroffenen häuslicher Gewalt sowie Nachstellungen.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

**Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Martin Scharf u.a. und
Fraktion (FREIE WÄHLER),
Petra Guttenberger, Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU
Drs. 19/8677**

**Für mehr Schutz vor häuslicher Gewalt: Schutzlücken im Gewaltschutzgesetz
schließen**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatlerin: **Petra Guttenberger**
Mitberichterstatlerin: **Gülseren Demirel**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 35. Sitzung am 27. November 2025 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Zustimmung
 - FREIE WÄHLER: Zustimmung
 - AfD: Enthaltung
 - B90/GRÜ: Zustimmung
 - SPD: ZustimmungZustimmung empfohlen.

Petra Guttenberger
Vorsitzende



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Martin Scharf, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller und Fraktion (FREIE WÄHLER),

Petra Guttenberger, Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback, Michael Hofmann, Dr. Alexander Dietrich, Martina Gießübel, Josef Heisl, Melanie Huml, Andreas Jäckel, Dr. Stephan Oetzinger, Helmut Schnotz, Martin Stock, Karl Straub, Peter Wachler CSU

Drs. 19/8677, 19/9863

Für mehr Schutz vor häuslicher Gewalt: Schutzlücken im Gewaltschutzgesetz schließen

Der Landtag begrüßt die Absicht des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz, durch eine Änderung des Gewaltschutzgesetzes die elektronische Aufenthaltsüberwachung (eAÜ, „elektronische Fußfessel“) als richterlich anordnungsfähige Maßnahme zum Schutz vor häuslicher Gewalt sowie Nachstellung und eine Rechtsgrundlage für die Verpflichtung zur Teilnahme an sozialen Trainingskursen bundesrechtlich zu verankern.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich im weiteren Gesetzgebungsverfahren auf Bundesebene mit Nachdruck dafür einzusetzen, dass durch die neue Bundesregierung die elektronische Aufenthaltsüberwachung als Maßnahme in Hochrisikofällen und eine Rechtsgrundlage für die Verpflichtung zur Teilnahme an sozialen Trainingskursen in das Gewaltschutzgesetz als Ergänzung zu bestehenden landesrechtlichen Möglichkeiten eingefügt werden.

Die Präsidentin

I.V.

Tobias Reiß

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Abstimmung

über Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die endgültige Abstimmliste.

(Siehe Anlage)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der endgültigen Abstimmliste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist das gesamte Hohe Haus. Gibt es Gegenstimmen? – Ich sehe keine. Enthaltungen? – Ich sehe auch keine Enthaltungen. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

1. Antrag der Abgeordneten Harald Meußgeier, Christin Gmelch, Gerd Mannes und Fraktion (AfD)
 Unverzöglichen Rücknahme der CO₂-Reduktionsziele für Lkw-Anhänger der EU-Verordnung 2024/1610
 Drs. 19/8451, 19/9870 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

2. Antrag der Abgeordneten Nicole Bäuml, Dr. Simone Strohmayer, Holger Griebhammer u.a. SPD
 Keine Einschränkungen der Teilzeitmöglichkeiten für Lehrkräfte – Freistaat muss endlich bei Personalversorgung liefern
 Drs. 19/8530, 19/9864 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

3. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Martin Scharf u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Petra Guttenberger, Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU
Für mehr Schutz vor häuslicher Gewalt: Schutzlücken im Gewaltschutzgesetz schließen
Drs. 19/8677, 19/9863 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Tobias Beck u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Kerstin Schreyer, Martin Wagle, Dr. Stefan Ebner u.a. CSU
Die Nahversorgung im ländlichen Raum sichern – Rollende Supermärkte von der LKW-Maut ausnehmen!
Drs. 19/8680, 19/9871 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/> A

5. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Andreas Birzele u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Schutz bayerischer Handwerksbetriebe und kleiner und mittlerer Unternehmen vor existenzbedrohenden Rückforderungen bei Insolvenzverfahren
Drs. 19/8712, 19/9865 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH

6. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Martin Scharf u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Holger Dremel, Petra Guttenberger, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU
Abgestimmte Ent- bzw. Weiterentwicklung von GeFa und Polizei 20/20 sicherstellen!
Drs. 19/8772, 19/9866 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel, Dr. Andrea Behr u.a. CSU
Psychische Erkrankungen brauchen flexible Regelungen
Drs. 19/8774, 19/9889 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

8. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Klimairrsinn beenden: Umwelt und Menschen vor den negativen Auswirkungen der sogenannten grünen Transformation schützen!
Drs. 19/8832, 19/9830 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

9. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr, Nicole Bäuml, Doris Rauscher u.a. und Fraktion (SPD)
Zügige Umsetzung des Gewalthilfegesetzes des Bundes in Bayern sicherstellen – Schutz und Beratung für Betroffene von häuslicher und geschlechtsspezifischer Gewalt ausbauen
Drs. 19/8888, 19/9819 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Sanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kulturelle Teilhabe junger Menschen nachhaltig stärken –
Einführung des Programms „KulturStarter Bayern“
Drs. 19/8911, 19/9900 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Katja Weitzel, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD), Verena Osgyan, Benjamin Adjei, Johannes Becher u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Künstliche Intelligenz in der Hochschullehre –
Anhörung zu Chancen, Risiken und politischen Handlungsbedarfen
Drs. 19/8915, 19/9901 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Petra Guttenberger, Holger Dremel, Michael Hofmann u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Martin Scharf u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Betrug im Einbürgerungsverfahren verhindern I: Fälschungssicherheit von Zertifikaten im Einbürgerungsverfahren sicherstellen
Drs. 19/8929, 19/9867 (E)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

13. Antrag der Abgeordneten Petra Guttenberger, Holger Dremel, Michael Hofmann u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Martin Scharf u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Betrug im Einbürgerungsverfahren verhindern II: Schaffung von rechtlichen Konsequenzen im Einbürgerungsverfahren
Drs. 19/8930, 19/9868 (E)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

14. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel, Dr. Andrea Behr u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Arzneimittelversorgung verbessern, Nutzenbewertung und Preisverhandlungen für neue Arzneimittel vereinfachen
Drs. 19/8940, 19/9890 (G)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

15. Antrag des Abgeordneten Ralf Stadler AfD
Weihnachtsgeld und Urlaubsgeld steuerfrei stellen – Entlastung für Bayerns Arbeitnehmer und Stärkung der heimischen Wirtschaft!
Drs. 19/9018, 19/9902 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

16. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Gerd Mannes, Harald Meußgeier und Fraktion (AfD)
Brennholz weiterhin trotz EU-Verordnungen als nachhaltiges Brennmaterial nutzen
Drs. 19/9025, 19/9887 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

17. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Christian Zwanziger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Waldinfrastruktur erhalten: Bänke, Informationstafeln oder Schutzhütten in bayerischen Wäldern müssen weiter zur Verfügung stehen
Drs. 19/9079, 19/9888 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>